

dritte Instanz hat die Taipeier Regierung über diplomatische Kanäle die Koreaner energisch aufgefordert, die Häftlinge wegen ihrer politischen Motive der Freiheitsflucht durch Präsident Chun Doo Hwan zu begnadigen.

Offenbar im Hinblick auf Beijing, mit dem Seoul anlässlich der Rückgabe des entführten Flugzeuges und der Passagiere zum ersten Mal offiziellen Kontakt aufgenommen hat, und aufgrund des Wunsches, die geschaffenen Beziehungen noch weiter ausbauen zu können, haben die Koreaner die Freilassung der Flugzeugentführer immer wieder verzögert. Darüber hinaus hat Südkorea Rücksicht auf internationale Reaktionen sowie auf sein eigenes Ansehen als Rechtsstaat nehmen müssen. So hat man statt der administrativen Rettung über den Weg der Bewährung im Rahmen des Justizressorts die Flugzeugentführer auf freien Fuß gesetzt und sie gleichzeitig abgeschoben.

Ursprünglich wollte Taiwan die "Freiheitskämpfer" mit einer Sondermaschine in Seoul abholen. Da die Südkoreaner dies strikt ablehnten, wurde eine Linienmaschine der staatlichen Fluggesellschaft Taiwans CAL (China Air Lines) vom Typ Boeing 767 ohne Fluggäste entsandt. Aus Sicherheitsgründen wurde eine Nachrichtensperre verhängt und bei der Heimkehr statt der normalen direkten Flugroute ein Umweg durch den japanischen Luftraum über Kyushu und die Ryukyu-Inseln geflogen. Nach der Landung wurden die Flugzeugentführer als Helden empfangen. Tagelang machten sie in den Medien große Schlagzeilen. Einen Tag nach ihrer Ankunft gab ihnen sogar Staatspräsident Jiang Jinguo (Chiang Ching-kuo) eine Audienz. Von der staatlichen Anstalt für Flüchtlinge bekam jeder von ihnen 30.000 NT\$ (39 NT\$ = 1 US\$). Außerdem wurde ihnen gemeinsam noch eine Spende in Höhe von 1.718.725 NT\$ übergeben.

Nach der Übergabe der Flugzeugentführer sind die Beziehungen zwischen Seoul und Taipei deutlich entspannter. Als Rache für ihre Verhaftung in Seoul hatte Taipei eine offizielle Verlängerung der Vereinbarung über die Luftfahrt zwischen beiden Seiten verweigert und im Mai vorigen Jahres mit dem Argument der Gleichberechtigung als Ausrede einseitig die Zahl der Linienflüge von KAL (Korea Air Lines) nach Taipei halbiert. Zwei Tage nach ihrer Freilassung gab Taiwan seine Zustimmung für die Vertragsverlängerung.

Wahrscheinlich war es auch kein Zufall, daß am 31. August ein Urteil des Amtsgerichts Taipei gegen

den Hongkonger Chinesen namens Liang Weiqiang (Leung Wai-keung) gefällt wurde, der am 20. März 1984 eine Linienmaschine der British Airways vom Typ Boeing 747 mit 338 Passagieren und 16 Besatzungsmitgliedern an Bord auf dem Weg von Hongkong nach Beijing zur Kursänderung nach Taiwan gezwungen hatte. Der Entführer wollte mit der Aktion seine Ablehnung der Rücknahme Hongkongs durch die Kommunisten demonstrieren. Außerdem verlangte er gleichzeitig von Beijing, Jiang Qing hinzurichten und Seoul zur Freilassung der sechs chinesischen Flugzeugentführer zu zwingen. Er wurde jedoch nicht wegen Flugzeugentführung, sondern wegen "Gefährdung der Flugsicherheit" zu einer relativ milden Strafe von anderthalb Jahren Zuchthaus mit Bewährung verurteilt. Das Gericht begründete das Urteil damit, daß der Täter antikomunistische Motive gehabt und als Bedrohungsmittel nur einen Erpressungsbrief verwendet habe (ZYRB u. LHB, 1.9.1984). Er wurde bereits am 27. Juli gegen Kautions auf freien Fuß gesetzt, nachdem Seoul einen Tag zuvor Taiwan die Bereitschaft zur Freilassung der sechs chinesischen Flugzeugentführer mitgeteilt hatte (s. C.a., Juli 1984, S.391, Ü 42). -ni-

*(46)

Neue Amtsbesetzungen

Nach der Umbildung des Exekutiv Yuan (Kabinetts) und der Regierung der Provinz Taiwan Ende Mai und Anfang Juni ds. Js. (s. C.a., Juni 1984, S.325 f.) erfolgte im August auch eine Erneuerung des Prüfungsyuan. Laut Verfassung der Republik China von 1947 werden der Präsident, der Vizepräsident und die Mitglieder des Prüfungsyuan vom Staatspräsidenten mit Zustimmung des Kontroll Yuan ernannt. Der neue Präsident heißt Kong Decheng (Kung Teh-cheng), 64, aus der Provinz Shandong - ein Nachkomme des Konfuzius. Zum Vizepräsidenten wurde erstmals ein einheimischer Politiker, Lin Jinsheng (Lin Ching-sheng), 68, ernannt. Unter den 19 neuen Mitgliedern des Prüfungsyuan befindet sich nur ein Einheimischer, während die übrigen aus 18 verschiedenen Provinzen des chinesischen Festlands stammen. So hat man auch bei der Umbildung des Prüfungsyuan den Anspruch der Republik China demonstrieren wollen, das gesamte China zu vertreten (ZYRB, 9.u.17.8.84).

Ein Führungswechsel fand auch in zwei dem Prüfungsyuan unterstehenden Ministerien statt. Der neue Prüfungsminister Qu Shaohua (Chu Shao-hwa), 68, stammt aus der Provinz Hebei, der neue Personalminister Chen Gueihua (Chen Kwei-hua), 66, aus der Provinz Guang-

dong (ZYRB, 30.8.84).

Ferner wurde das Amt des Regierungssprechers und Direktors des Informationsbüros unter dem Exekutiv Yuan von Zhang Jingyyu (Chang Ching-yü), 47, aus der Provinz Hunan besetzt (ZRBY, 23.8.84). Sein Amtsvorgänger, Song Chuyu (James C.Y. Soong), 42, aus der Provinz Hunan wurde zum Direktor der Kulturabteilung des ZK der Regierungspartei, Guomintang (Kuomintang), ernannt. Das von dem neuen Vizepräsidenten des Prüfungsyuan Lin Jinsheng freigemachte Amt des Vorsitzenden der Disziplinarkommission des ZK der Guomintang wurde von Zhou Yinglong (Chou Ying-lung), 51, ebenfalls aus der Provinz Hunan, übernommen (ZYRB, 9.8.84). -ni-

HONGKONG UND MACAU

*

*

*(47)

Demokratisierung für die Übergangszeit in Hongkong

Am 18. Juli hat die Hongkonger Regierung ein Grünbuch über politische Reformen der britischen Kolonie veröffentlicht. Es ist geplant, die Zahl der "offiziellen" Mitglieder des Legislativrats "Legco" (Legislative Council) Schritt für Schritt zu reduzieren und gleichzeitig einen großen Teil der "inoffiziellen" Mitglieder durch ein Gremium der Mitglieder des Stadtrats (zuständig für hygienische und kulturelle Angelegenheiten), der Bezirks- und Gemeinderäte sowie durch die Wählerschaft verschiedener Gesellschaftsbranchen mit spezifischen Funktionen wählen zu lassen. Am Anfang wird diese Veränderung in zwei Stufen nach den Gemeindewahlen 1985 bzw. 1988 durchgeführt. Bis 1988 sollen die Sitze im Legco wie folgt verteilt werden:

- 1) 12 vom Gremium der Kommunalratsorgane gewählte "inoffizielle" Mitglieder;
- 2) 12 von den Wählerschaften mit besonderen Gesellschaftsfunktionen gewählte "inoffizielle" Mitglieder;
- 3) 16 ernannte "inoffizielle" Mitglieder;
- 4) 10 "offizielle" Mitglieder.

Im Jahr 1989 wird, so lautet es in dem Grünbuch, sich auf die bis dahin gesammelten Erfahrungen stützend, über die weitere Entwicklung diskutiert.

Veränderungen wird es ebenfalls im Exekutivrat "Exco" (Executive Council) geben. Allmählich soll die Mehrheit der ernannten "inoffiziellen" Mitglieder durch die-

jenigen ersetzt werden, die durch die "inoffiziellen" Mitglieder des Legco unter sich gewählt werden. Nur noch ein kleiner Teil der Exco-Mitglieder wird weiter von dem Gouverneur ernannt. Dabei bleiben die vier Ex-officio-Mitglieder (Innen-, Finanz-, Justizminister und Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte) im Exco unberührt. Die Durchführung dieser Reform ist in zwei Etappen vorgesehen, und zwar nach den Wahlen der "inoffiziellen" Mitglieder des Legco 1988 und 1991. Bis 1991 soll das Exco zusammengesetzt sein aus:

- 1) Mindestens 8 Mitgliedern, die durch die "inoffiziellen" Mitglieder des Legco unter sich gewählt werden;
- 2) 2 vom Gouverneur ernannten Mitgliedern;
- 3) 4 Ex-officio-Mitgliedern.

Diese Zahl von Exco-Mitgliedern darf 1989 je nach der Lage revidiert werden.

Bis 1997 wird der Gouverneur Hongkongs weiter von London ernannt. Bislang hat dieser das Amt des Vorsitzenden des Legco und das des Exco in Personalunion inne. Künftig soll er, so der Vorschlag im Grünbuch, zu einem bestimmten Zeitpunkt den Vorsitz im Legco aufgeben. Zunächst wird er in Konsultation mit den "inoffiziellen" Mitgliedern des Legco einen Nachfolger in diesem Amt ernennen, und dann sollen diese unter sich einen Vorsitzenden wählen.

Da London und Beijing zur Zeit über eine Rückgabe der Kolonie 1997 an China verhandeln, wird die Entwicklung Hongkongs nach diesem Zeitpunkt in dem Grünbuch nicht erörtert.

Der Reformplan, der also nur für die Übergangsperiode in den kommenden 13 Jahren gedacht ist, wurde in der Öffentlichkeit Hongkongs allgemein begrüßt; wenn auch ein Teil der Bevölkerung, insbesondere die junge Generation, kritisierte, daß das Demokratisierungsprogramm nicht nur zu spät komme, sondern auch zu langsam und unbedeutend sei. Sowohl der Legco als auch der Exco sind nur Beratungsorgane für den Gouverneur. In dem Grünbuch ist also keine Veränderung der grundsätzlichen Machtverhältnisse vorgesehen. Dazu werde nach dem Plan nur ein Teil der Mitglieder des Legco bzw. des Exco gewählt, und zwar indirekt. Die Bevölkerung werde nach wie vor von der politischen Entscheidung ferngehalten. Es wurde auch bemängelt, daß die Regierung der Öffentlichkeit nur eine kurze Zeit von zwei Monaten eingeräumt habe, um das Grünbuch zu diskutieren. Im Oktober dieses Jahres wird nach

den Worten des Gouverneurs Edward Youde ein Weißbuch zur Gesetzgebung an den Legco vorgelegt.

Für die vorsichtigen Reformmaßnahmen gab Youde die Begründung, daß Hongkong infolge seiner besonderen Lage bei einer politischen Reform die Stabilität beachten müsse. Sie könne nur durch eine allmähliche Veränderung auf der bisherigen Regierungsbasis gewährleistet werden. Wörtlich sagte er: "Wenn der Legco jetzt schon direkt gewählt würde, dürfte das Hongkong in eine Situation bringen, in der eine Opposition bei der Politik mitwirke. Damit könnte in dieser kritischen Zeit ein Schatten von Unstabilität hervorgerufen werden."

Youde spielte dabei offensichtlich auf die Ablehnung einer radikalen Veränderung Hongkongs von Seiten Beijings an. Über die Zukunft Hongkongs nach 1997 will die chinesische Regierung nur mit London verhandeln. Bislang hat sie die sogenannte "Dreifuß-Hocker"-Theorie, d.h. eine Beteiligung Hongkongs an den Verhandlungen, kategorisch verurteilt mit dem Argument, daß Hongkong unter der britischen Kolonialregierung keine eigene Volksvertretung habe und daß sie, die Beijinger Regierung, für "das große Interesse der chinesischen Nation einschließlich der Einwohner Hongkongs" spreche. Falls direkte Wahlen zum Legco und Exco noch vor 1997 eingeleitet würden, bedeute das eine Entkolonialisierung Hongkongs unter den Briten und eine Schwächung des chinesischen Standpunktes. Darüber hinaus ist nicht ausgeschlossen, wie Youde sagte, daß eine Opposition gegen die bevorstehende Rückgabe Hongkongs an China die Wahlen gewinnen könne. Dies würde unvermeidlich die Stabilität Hongkongs gefährden. Beijing hat mehrmals betont, daß China Hongkong noch vor 1997 zurücknehmen werde, wenn dort "Unruhen" entstünden.

Nach der Veröffentlichung des Grünbuches zeigte sich Beijing gegenüber dem gemäßigten Reformplan zurückhaltend. Die Xinhua-Vertretung in Hongkong brachte in diesem Zusammenhang nur einen kurzen Kommentar mit folgendem Wortlaut: "Es ist eine Sache der Briten, und die chinesische Seite trägt keine Verantwortung dafür."

Scharfe Kritik hat die von Beijing gesteuerte Hongkonger Tageszeitung Dagongbao (Ta-Kung-Pao) gegen eine Novellierung des Kommunalwahlgesetzes der Kolonie geübt, weil nach der neuen Bestimmung des Art.7 dieses Gesetzes all diejenigen, die ein Amt in einer ausländischen Regierung bekleiden oder Abgeordnete eines fremden

Landes sind, nicht mehr für den Sitz eines Bezirksrates von Hongkong kandidieren dürfen. In dem chinesischen Nationalen Volkskongress sowie in der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes sitzen zahlreiche Mitglieder aus Hongkong. Sie sind also in erster Linie von dem genannten neuen Wahlgesetz Hongkongs betroffen. Daher sprach die Dagongbao von einer Provokation der britischen Hongkonger Behörde gegenüber China (zu der gesamten Übersicht vgl. DGB, 13.-29.7.84; TKB, 19.7.84; Zhongbao, Hongkong, Sept. 1984, S.28 f.). -ni-

*(48)

Hongkongs langfristige Bauplanung für die Zeit über 1997 hinaus

Anfang Juli hat die Hongkonger Regierung eine Studie über die Entwicklung der Kolonie auf Abruf für die 90er Jahre bekanntgegeben (Hong Kong Trader, Hongkong, Juni u. Juli 1984; DGB, 4. u. 18.7.84). Nach der Erklärung des Sekretärs der Behörde für Land und Bauwesen, Nicky Chan, ist man bei den langfristigen Planungen davon ausgegangen, daß die Einwohnerzahl Hongkongs im Jahr 2001 auf über 7,1 Mio. steigen werde. Die laufenden Bauprojekte, die Anfang der 90er Jahre vollendet werden sollen, schaffen, so Chan, Wohnungen, Arbeitsplätze, Sozial- und Wirtschaftsinfrastruktur nur für 6,2 Mio. Einwohner. Daher muß man jetzt für die Zunahme von rund 900.000 neuen Einwohnern innerhalb der 90er Jahre alles vorbereiten.

Zwei Entwicklungsmodelle wurden in der Studie ausgearbeitet. Das erste Modell richtet sich auf die Erschließung der Gebiete von Tin Shui Wai und Deep Bay im Nordwesten der New Territories für die Ansiedlung von 478.000 Einwohnern. Ein großer Teil - für 294.000 Ansiedler - soll durch Neulandgewinnung im Westhafen sowie weiter auf dem Gelände von Pok Fu Lam und Ma On Shan in Kowloon für je 75.000 bzw. 26.000 neue Einwohner bereitgestellt werden. Die Kosten dieses Entwicklungsmodells wurden auf rund 217 Mrd. HK\$ (7,80 HK\$ = 1 US\$) gemäß dem Preisniveau von 1982 geschätzt.

Das andere Modell, das mit einem Kostenvoranschlag von 220 Mrd. HK\$ etwas teurer kommt, hat den Vorteil, das vorhandene Verkehrsnetz besser auszunutzen. Man konzentriert sich hierbei auf die Entwicklung des westlichen Hafengebiets zwischen Green Island und Pok Fu Lam für 268.000 sowie zwischen Yaumati und Stonecutters Island für weitere 605.000 Einwohner.

Da die beiden Modelle viele Ge-

meinsamkeiten aufweisen, haben die zuständigen Behörden bereits angefangen, einzelne Projekte aus dem gemeinsamen Programm zu entwerfen und ihre praktische Durchführbarkeit genau zu erforschen, damit einige von ihnen schon in den Regierungsarbeitsplan aufgenommen werden können. Bei den gemeinsamen Punkten handelt es sich um die Gewinnung von Neuland, und zwar auf der Seite Kowloons an den Küsten von Westkwoon, Yaumati, Green Island, Hunghom Bay sowie auf der Seite der Insel Hongkong an den Küsten von Wanchai und im Zentrum. Ferner sieht die Studie noch eine Reihe von Planungen zum Ausbau des Verkehrsnetzes vor. Dazu gehören drei neue Verbindungsstraßen zwischen Kwoon und Hongkong (unter dem Meer?), eine neue U-Bahn-Linie der MTR (Mass Transit Railway Line) in Westkwoon, die Verlängerung der MTR bis Yuen Long oder Tun Mun, eine neue Hauptstraße entlang der Nordküste der Insel Hongkong bzw. quer durch den Sockel der Halbinsel Kwoon. Insgesamt muß die Regierung für die gemeinsamen Projekte in den beiden Entwicklungsmodellen schätzungsweise 190 Mrd. HK\$ investieren.

Entlang der Nordküste der Insel Hongkong befindet sich zur Zeit schon eine Autobahn im Bau, deren erstes Teilstück von 3,7 km im Ostsektor zwischen Causeway Bay und Taikoo Shing mit einem Kostenaufwand von 950 Mio. HK\$ bereits im Juni für den Verkehr freigegeben wurde. Noch 1987 soll die letzte Strecke bis Chaiwan abgeschlossen werden. Insgesamt hat die im Bau befindliche Autobahn eine Länge von 8,61 km, und die Investitionen liegen bei 1,72 Mrd. HK\$.

Ein anderes langfristiges Bauprojekt zur Verkehrsverbesserung für über eine Million Einwohner im Nordwesten der New Territories steht auch in Aussicht. Die Kwoon-Canton Railway Corporation (KCRC) hat beschlossen, eine Schnellbahn vom LRT (Light Rail Transit)-System Tuenmen - Yuen Long mit einer Investition von 2 Mrd. HK\$ zu bauen. Der Baubeginn wurde auf Anfang des kommenden Jahres festgesetzt. Die Hauptlinie des insgesamt 34 km langen geplanten Eisenbahnnetzes soll nach dem Plan schon 1988 in Betrieb genommen werden.

Die langfristigen und gigantischen Investitionen lassen erkennen, daß in Hongkong die Zuversicht für die Zukunft gestiegen sein dürfte. China will 1997 Hongkong von den Briten zurücknehmen und dort unter Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialstatus auf die Dauer von 50 Jahren eine Sonderregion einrichten. -ni-

*(49)

Chinesen haben zum ersten Mal Parlamentsmehrheit in Macau

Das noch unter portugiesischer Verwaltung stehende Territorium Macau an der Südküste des chinesischen Reiches erneuerte sein Parlament. Insgesamt hat die Gesetzgebende Versammlung 17 Mitglieder. Am 15. August wurden jeweils 6 Abgeordnete durch Direkt- bzw. Indirektwahlen gewählt. Darüber hinaus wurden am 27. August weitere 5 Parlamentarier zu demselben Organ vom Gouverneur ernannt. Unter den 12 Gewählten sind 8 Chinesen, 3 Maccinesen (Mischlinge und ansässige Portugiesen) sowie 1 Portugiese. Von den 5 berufenen Volksvertretern sind 4 Portugiesen und 1 Chinese. Damit haben die Chinesen, die 98% der über 300.000 zählenden Einwohner Macaus ausmachen, zum ersten Mal in der Geschichte der portugiesischen Kolonie die Mehrheit in dem Gesetzgebungsorgan.

Insgesamt gibt es schätzungsweise über 8.000 Maccinesen und Portugiesen in Macau. Während die Maccinesen traditionell in der Legislative dominieren, hatten und haben die Portugiesen die Regierung in ihren Händen. Angeblich gibt es seit einiger Zeit Gegensätze zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen. Seit seinem Amtsantritt hat der jetzige Gouverneur Vasco Almeida e Costa durch Regierungsreform zahlreiche Maccinesen aus ihrem Amt in der Administration und anderen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes entlassen und an deren Stelle Portugiesen aus Portugal eingesetzt. Die Auseinandersetzung soll sich Anfang dieses Jahres zugespitzt haben. Die Gesetzgebende Versammlung, die, wie gesagt, unter der Kontrolle der Maccinesen stand und von der neuen autonomen Verfassung von 1976 gewisse Funktionen westlich parlamentarischer Demokratien erhielt, demonstrierte der Regierung gegenüber ihre Macht. Ende Januar revidierte sie zwei vom Gouverneur im November 1983 erteilte Anordnungen. Dieser machte aber von seinem Vetorecht Gebrauch und bat am 24. Februar den portugiesischen Staatspräsidenten, die Gesetzgebende Versammlung frühzeitig aufzulösen. Das erfolgte am 27. Februar - ursprünglich sollte die Legislaturperiode im Juli 1984 enden.

Noch kurz vor den neuen Wahlen hat die Regierung das Wahlgesetz verändert, um damit die Wählerschaft zu vergrößern. Nach den alten Bestimmungen durfte ein chinesischer Einwohner erst dann wählen, wenn er fünf Jahre lang in Macau gewohnt hatte. Für einen ausländischen Einwohner war sogar ein Aufenthalt von über sieben Jahren

nötig. Nur die Portugiesen sind von solcher Regelung mit einer langen Aufenthaltsfrist ausgenommen. In dem neuen Gesetz wurde diese Diskriminierung aufgehoben. Alle Einwohner ab 18 Jahre, die einen Personalausweis von Macau besitzen, können sich als Wähler eintragen. Dazu hat die Regierung allen registrierten Wählern Vorteile eingeräumt, z.B. beim Antrag auf Anmeldebescheinigung oder Reisepaß keine Gebühr zu zahlen. Bei den Wahlen vor vier Jahren waren nur 4.000 Wähler registriert; diesmal ist die Zahl unerwartet auf 51.464 gestiegen, sie entspricht 30% der wahlfähigen Einwohner. Schließlich sind auch 28.844, d.h. 56% der registrierten Wähler, zur Urne gegangen.

In Macau und Hongkong gab es Gerüchte, daß Gouverneur Costa beabsichtigt habe, durch die Veränderung des Wahlgesetzes und damit die automatisch folgende Erweiterung der Repräsentation der chinesischen Einwohner den Einfluß der Maccinesen in der Gesetzgebenden Versammlung zu dämpfen. Seit der Kulturrevolution hat Beijing starken politischen Einfluß auf die chinesische Bevölkerung in Macau. Nicht nur die Massenorganisationen, sondern auch die wichtigen Interessenverbände von Unternehmern befinden sich fast ohne Ausnahme in den Händen der von Beijing gesteuerten Linken. Da die portugiesische Regierung nach der Revolution von 1974 die chinesische Souveränität über Macau anerkannt und auch die Bereitschaft geäußert hat, die Kolonie zu jeder Zeit an China zurückzugeben, besteht kein Zwist zwischen Lissabon und Beijing. Als die maccinesischen und portugiesischen Abgeordneten eine Abschaffung der vom Gouverneur bestimmten Sitze in der Gesetzgebenden Versammlung bzw. eine Anhebung der Autonomie Macaus gegenüber Lissabon forderten, boykottierten die von Beijing abhängigen chinesischen Mitglieder die Sitzung. Denn Beijing will zwar Macau nicht gleich zurücknehmen, um damit Hongkong zu beruhigen, ist aber andererseits entschlossen gegen eine Unabhängigkeit Macaus, weil sie eine Rückkehr der Kolonie an China schwerer machen könnte.

Bei den jüngsten Wahlen im August schien Beijing zunächst neutral bleiben zu wollen. Die Linke hat angeblich zwischen dem Gouverneur und den Maccinesen vermittelt, um eine gewisse Parität unter den drei Bevölkerungsgruppen in dem neuen Parlament zu schaffen. Durch die Indirektwahlen konnten sich die Chinesen schon sechs Sitze sichern. Auch die Sitze für die Portugiesen galten dank der Ernennungsbefugnis des Gouverneurs so

gut wie sicher. Es blieb den Macchinesen nur der Weg von Direktwahlen ins Parlament. Da sich die chinesischen Einwohner, wie gesagt, unerwartet massiv zur Teilnahme an den Wahlen gemeldet hatten und da die Portugiesen und andere unabhängige chinesische Interessengruppen aktiv für die Direktwahlen kandidierten, warf sich die Linke schließlich auch in den Wahlkampf und bildete eine Allianz mit den Maccinesen.

Von den 28.844 abgegebenen Stimmen entfielen 55% auf die "Allianz" (Lianhe), 14% auf die portugiesische Gruppe "Vitalität Macau" (Huoli Aomen), 12% auf die "Vereinigung für Freundschaft und Prosperität" (Youyi-fanrong Xiejinhui) und 13% auf zwei andere kleine Gruppen, 6% der Stimmen waren ungültig. Nach dem portugiesischen Verhältniswahlssystem wurden vier der sechs Kandidaten der "Allianz" (drei Maccinesen und ein Chinese), ein Portugiese von der Liste der "Vitalität" sowie ein chinesischer Kandidat aus der Gruppe "Freundschaft und Prosperität" gewählt.

Da es zwischen Hongkong und Macau sowohl geographisch als auch politisch eine gewisse Zukunftsparallele gibt, hat man in der britischen Kolonie die jüngsten Wahlen in der portugiesischen Kolonie mit großer Aufmerksamkeit beobachtet. Offenbar möchte Beijing in Macau ein Modell für die Zukunft Hongkongs in der Übergangszeit vor dessen Rückkehr an China 1997 oder danach versuchen. Die Hongkonger Zeitschrift Zhengming, die einst gute Beziehungen zu Beijing hatte, kritisierte einerseits, daß die Linke in Macau die Wahlen manipuliert habe. Andererseits bewertete sie es aber als eine große Niederlage für die Macauer Linke, daß diese noch über 40% der Stimmen nicht auf sich vereinigen konnte. Im dem Sieg der "Freundschaft und Prosperität" mit ihrem Kandidaten He Siqien (Alexander Ho), einem jungen Manager vom Mittelstand, will die Zeitschrift einen Erfolg der "Drittkraft" sehen, die zwar auch mit Beijing kooperiere, doch die Regie der einheimischen Linken ablehne. Die Zeitschrift appellierte an die Hongkonger Bevölkerung, aus den Wahlen in Macau eine warnende Lehre zu ziehen (Zhengming, Hongkong, Sept. 1984, S.3 u. 6-10, 82). Doch war der Ausgang der Wahlen in Macau nicht unbedingt ein böses Omen oder ein Alarmzeichen für Hongkong, wie es Zhengming darstellte. Denn das Wahlergebnis mit dem Abschneiden verschiedener Gruppen ließ einen fairen Ablauf von freien Wahlen erkennen und spiegelte auch die pluralistische Gesellschaftsstruktur wider. Ferner wurden die Machtverhältnisse in der Gesetz-

gebenden Versammlung noch durch die Indirektwahlen sowie durch die vom Gouverneur ernannten Abgeordneten ausgeglichen. So vermutete eine andere Hongkonger Zeitschrift, Jiushi-niandai (Neunziger Jahre, neuer Name von Qishi-niandai), die ebenfalls früher mit Beijing befreundet war, daß Beijing mit den Wahlen in der portugiesischen Kolonie das Experiment beabsichtigt habe, "Macau durch die Einwohner von Macau zu regieren"; dies sollte auch als Modell für die britische Kolonie nach 1997 dienen, d.h. "Hongkong durch die Einwohner von Hongkong zu regieren" (Jiushi-niandai, Hongkong, Sept. 1984, S.20-25). -ni-

*
*
*
*
*
*
*
*

RÜDIGER MACHETZKI, PETER SCHIER

Zum achtzigsten Geburtstag Deng Xiaopings

*

*

* * * * *

I. Zur Person Deng Xiaopings

Seinen achtzigsten Geburtstag beging Chinas einflußreichster chinesischer Politiker, Deng Xiaoping, am 22. August 1984 im Prominenten-Seebad Beidaihe. Wie üblich erwähnten die chinesischen Massenmedien den Geburtstag des Staatsmannes nicht ausdrücklich. Allerdings veröffentlichte das ZK-Organ "Volkszeitung" am Tage des Geburtstags von Deng einen Artikel über die Zeit der politischen Verbannung Deng Xiaopings und seiner Familie in der Provinz Jiangxi von Oktober 1969 bis Februar 1973. Autorin des Artikels war die Tochter des chinesischen Führers. Sie zeichnete den Artikel mit ihrem familiären Kosenamen Mao Mao. Trotz dieser scheinbar so persönlich und privat gehaltenen Ausführungen dürfte der chinesischen Leserschaft die grundlegend politische Bedeutung des Artikels jederzeit bewußt gewesen sein. Dafür spricht allein schon die Veröffentlichung auf der letzten Seite der Volkszeitung an einer Stelle, an der ansonsten zumeist grundsatzpolitische Aussagen wiedergegeben werden. (Dieser Artikel ist in der Übersetzung von Rüdiger Machetzki als Dokument im Anschluß an diese Ausführungen abgedruckt). Das ZK-Theorieorgan "Rote Fahne" veröffentlichte auf der Titelseite ein Foto Deng Xiaopings, das ihn beim Besuch der Wirtschaftssonderzone Xiamen im Februar 1984 zeigt (HQ, 16.8.84). Deng hatte Ende Januar/Anfang Februar 1984 drei der vier Wirtschaftssonderzonen (WSZ) besucht und dabei seine uneingeschränkte Unterstützung für die WSZ-Politik zum Ausdruck gebracht (siehe auch C.a., Februar 1984, Ü 26).

Die dem ZK-Sekretariat nahestehende Zeitschrift Liaowang veröffentlichte ebenfalls ein Foto Dengs auf der Titelseite, das ihn - so die Bildunterschrift - "unter den Massen" zeigt (Liaowang, 20.8.84). In ihrer Sonderrubrik "Aufzeichnungen in Zhongnanhai" (Sitz der chinesischen Partei- und Regierungszentrale; Anm.d.Verf.) veröffentlichte Liaowang in der glei-